



Mechthild Rawert
Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied im Ausschuss für Gesundheit
Sprecherin der SPD-Landesgruppe Berlin

Referat bei der AG 60plus Reinickendorf

Pflege braucht Aufwertung – Unterstützung der Pflegenden und der Pflegebedürftigen nötig

Liebe Genossinnen und Genossen,

Weit über zwei Millionen Menschen in Deutschland können heute ihren Alltag nicht mehr allein meistern. Sie benötigen pflegerische Betreuung und sind auf professionelle Pflege oder auf die Unterstützung ihrer Angehörigen angewiesen.

Und - der Bedarf unserer älter werdenden Gesellschaft wird weiter steigen.

Mehr als die Hälfte der Menschen werden im Verlauf ihres Lebens pflegebedürftig oder sind durch die Pflege von Angehörigen betroffen: Pflege und ihre Absicherung geht uns deshalb alle an!

Deshalb: Die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung drängt, wenn die Herausforderungen der Zukunft bewältigt werden sollen.

· Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt. Bis zum Jahr 2030 steigt lt. Prognosen die Zahl der Pflegebedürftigen auf ca. 3,3 Mio. im Vergleich zu 2,37 Mio. heute.

· Insbesondere der Anstieg der Demenzkranken entwickelt sich dramatisch. Im Jahr 2030 werden Prognosen zufolge 2,4 Mio. Menschen in Deutschland an Demenz erkrankt sein. Jährlich erkranken 200.000 Menschen neu daran.

Eine gute Pflege erfordert ausreichend und gutes Personal. Bis 2025 benötigen wir entsprechend den Angaben des Statistischen Bundesamtes mindestens 152.000 zusätzliche Pflegekräfte.

Zur aktuellen Situation von Pflegenden in Berlin

- In den letzten Jahren großer Personalabbau bei den Pflegefachkräften. Gleichzeitig massive Ausweitung der durch die Pflegedienste zu erbringenden Leistungen
- Die sowieso schlechte Bezahlung der Pflegefachkräfte ist in Berlin noch unter dem Bundesdurchschnitt
- Deshalb starke Abwanderung von Fachpersonal: insbesondere Kräfte aus der Intensiv- bzw. Anästhesiepflege aus Berlin in anderen Bundesländer oder andere Staaten
- Pflegekräfte aus östlichen Nachbarstaaten werden diese Abwanderung nicht ausgleichen können: Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1. Mai 2011 führt nicht zu großer Arbeitsmigration. Hier muss die schwarz-gelbe Bundesregierung Lösungen liefern.

Rückblick: Was wir (SPD) bis 2009 getan haben

Wir haben in unserer Regierungszeit unter Ulla Schmidt, besonders in der Pflege einiges erreicht - Bspw: 2008 durch die Weiterentwicklung des Pflegegesetzes:

- Wir haben u.a. die **ambulante Pflege gestärkt**, damit wir auch im Alter so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben in unserer vertrauten häuslichen Umgebung führen können.
- Wir haben Pflegestützpunkte geschaffen - Pflegebedürftige und deren Angehörige können sich dort wohnortnah und unabhängig von Trägerinteressen hinsichtlich der häuslichen und pflegerischen Unterstützungsmöglichkeiten informieren.
- Wir haben die Leistungen der Pflegestufen dynamisiert und speziell für Demenzkranke verbessert.
- Wir haben die finanziellen Möglichkeiten für bis zu 17.000 Gesundheits- und Krankenpfleger mehr in den Krankenhäusern geschaffen.

Was tut die FDP und das Bundesgesundheitsministerium derzeit?

Leider können wir derzeit nicht selber im Gesundheitsministerium anpacken. Was passiert, wenn die Liberalen, die jungen „Milden“ wie Herr Bahr oder Herr Rösler in Regierungsverantwortung sind, kann man jetzt sehen.

Trotz der vollmundigen Ankündigungen zum „Jahr der Pflege“ 2011 vom früheren Gesundheitsminister Rösler und vom aktuellen Gesundheitsminister Bahr - effektiv passiert ist wenig bis nichts.

Wichtige Entscheidungen (wie bspw. Weiterentwicklung Pflegebedürftigkeitsbegriff, Reform der Ausbildungen) werden auf die lange Bank geschoben –

Aber die **Einführung einer „Pflegekopfpauschale“** wird **weiterhin geplant**.

Ähnlich wie im letzten Jahr in der Krankenversicherung sollen nach dem Willen der FDP und Teilen der CDU ArbeitnehmerInnen & RentnerInnen künftige Kostensteigerungen in der Pflegeversicherung durch eine kapitalgedeckte (Pflicht)Versicherung allein zahlen.

Auch hier wären die Arbeitgeber wieder außen vor und müssten finanziell nichts beitragen. Die Versicherungsfirmen freuen sich schon jetzt über (mögliches) neues Zusatzgeschäft:

Um im **Pflegefall** monatlich 1000 Euro zu bekommen, müssten BürgerInnen die sich bspw. mit 55 Lebensjahren versichern müssten, mit Beiträgen von monatlich ca. 70 Euro rechnen.

Viele GeringverdienerInnen und RentnerInnen könnten das nicht!

Ich werde mich in meinen weiteren Ausführungen aus aktuellem Anlass auf die Punkte 2 und 3, Verbesserung der Situation der häuslichen Pflege, insb. durch mehr Unterstützung für pflegende Angehörige Verbesserung der Ausbildung in der Pflege, konzentrieren und an aktuellen Beispielen verdeutlichen.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie - mehr Unterstützung für pflegende Angehörige

Der Weg der Bundesregierung ist hier falsch:

Das von Schwarz-Gelb derzeit geplante Familienpflegezeit – „Gesetz zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf“ (der Gesetzentwurf wurde vor zwei Wochen in den Bundestag eingebracht) bringt vor allem Nachteile und verlagert die Verantwortung für Pflege in den privaten Bereich.

Im Folgenden seien einige Punkte des schwarz-gelben Gesetzentwurfs kommentiert:

- Nach meiner Überzeugung ist der im Gesetzentwurf fehlende Rechtsanspruch für Arbeitnehmer/innen auf Familienpflegezeit ein grundlegender Fehler.
- Problematisch ist auch die geplante Versicherungspflicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die das Familienpflegezeit- Modell in Anspruch nehmen wollen.
- Denn in der Regel werden sie die Versicherung auf eigene Kosten abschließen müssen und Frauen werden weiter die Hauptlast in der Pflege von Angehörigen tragen müssen.
- Die geplanten Regelungen gehen zum großen Teil zu Lasten der pflegenden Arbeitnehmer/innen. Die Seite der Arbeitgeber/innen ist dagegen über die Möglichkeit der zinslosen Refinanzierung und der Absicherung des Ausfallrisikos durch die Familienpflegezeitversicherung gut abgesichert.

- Außerdem sehe ich die große Gefahr, dass der Gesetzentwurf in der derzeitigen Ausgestaltung die Geschlechtersegregation am Arbeitsmarkt verstärken und die Altersarmut von Frauen verschärfen wird.

Zur Gefahr der Geschlechtersegregation am Arbeitsmarkt und der Altersarmut

In Zeiten steigender Pflegefallzahlen muss es uns gelingen, dass älteren Menschen ein menschenwürdiges Altern ermöglicht wird und Angehörige, in großer Mehrheit Frauen, nicht aufgrund von Pflegearbeit aus dem Beruf aussteigen.

Wir brauchen deshalb vor allem eine Stärkung der kommunalen pflegerischen Infrastruktur und der professionellen Pflege. Die Angehörigen brauchen zudem flexible Zeitmodelle, um pflegebedürftigen Menschen Zuwendung zu schenken und Pflege zu organisieren.

Reform der Pflegeausbildungen

Zukünftig erhöhte Anforderungen an Pflegefachkräfte

Die gesundheitlichen und pflegerischen Versorgungsnotwendigkeiten und -ansprüche ändern sich in einem rasanten Tempo. Professionelle Pflegefachkräfte müssen deshalb eine fundierte Ausbildung erhalten, um sich in einem verändernden Gesundheits- und Pflegewesen langfristig behaupten zu können.

Zusammen mit meiner Kollegin Petra Crone aus dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erarbeite ich deshalb für die SPD-Bundestagsfraktion ein Positionspapier zur Reform der Ausbildung in Kranken, Alten- und Kinderkrankenpflege.

Wir verbinden mit einem neuen Berufsgesetz vielfältige Erwartungen und Hoffnungen. Wir glauben, mit einer modernisierten Ausbildungsstruktur, Grundlagen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels zu leisten.

Am 26. Mai habe ich deshalb zahlreiche ExpertInnen von Berufsverbänden, Ausbildungsstätten, Trägern und Gewerkschaften zu einem ersten Fachgespräch eingeladen. Teilgenommen haben u.a. Vertreterinnen des Deutschen Pflegerats, von ver.di, vom AWO Bundesverband und von Katholischen Krankenhausverbänden.

Der Abgleich eigener Positionen mit der Expertise „aus der Praxis“ ist mir im Interesse von Beschäftigten, aber auch von PatientInnen ausgesprochen wichtig.

Ein weiteres Gespräch wird sich im Juli mit der Ausgestaltung der Finanzierung beschäftigen.

Fazit: Mehr Unterstützung der Pflegendbedürftigen und Verbesserung der Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen in der Pflege

Was fordern wir als SPD-Bundestagsfraktion für die Zukunft?

- Entscheidend ist die PatientInnenperspektive!
Die medizinische Versorgung muss sich in Zukunft besonders an den spezifischen Versorgungsbedarfen von PatientInnen orientieren.
(Hinweis auf SPD-Positionspapier zum Versorgungsgesetz.)
- Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes, um die Pflegequalität zu verbessern und auf die Bedürfnisse der Einzelnen auszurichten, insb. Für die Versorgung demenzkranker Menschen.
(Die Vorarbeiten des Wissenschaftlichen Beirats liegen seit Mitte 2009 auf dem Tisch, müssen umgesetzt werden)
- Verbesserung der Situation der häuslichen Pflege, insb. durch mehr Unterstützung für pflegende Angehörige
- Verbesserung der Arbeitsplatzsituation und Ausbildung in der Pflege
- Prävention und Rehabilitation vor Pflege sowie Verbesserung des Versorgungsmanagements

- Stärkung der solidarischen Finanzierung mit einer umlagefinanzierten Bürgerversicherung in der Pflege
- Die Reform der Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe: Rolle der Kommunen stärken
- Reform der drei Pflegeausbildungen zur Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege
- Gesundheitswesen als innovativen Dienstleistungssektor - nicht nur als Kostenblock – begreifen
- Verbesserung der kultur- und geschlechtsspezifischen Pflegeangebote
- Finanzierung der Pflegeleistungen im stationären Bereich verbessern. Daher müssen die Fallpauschalen (DRG's) im stationären Bereich stärker als bisher die Pflegeleistungen abbilden
- Qualifizierung eines Pflegezeitgesetzes
- Anerkennung der eigenständigen Pflegeexpertise